

## **Jugendpolitische Forderungen des AK Jugendpolitik des KJR Freising**

### **1. Wahlrecht ab 16**

Alle Jugendlichen ab 16 Jahren sollen das Recht haben, an Wahlen und Bürgerentscheiden teilzunehmen. Sie sollen sich an politischen Entscheidungen über ihre Zukunft beteiligen können.

### **2. Jugendräte in allen Gemeinden**

Jugendparlamente und -räte wie der Jugendkreistag sind Gremien, die viel Potential für die politische Mitbestimmung Jugendlicher im Landkreis Freising bieten. Wir fordern die Einführung von Jugendparlamenten oder -räten in allen Freisinger Gemeinden.

### **3. Stärkung des Jugendkreistag**

Wir wollen eine Stärkung und eine bessere Einbindung des Jugendkreistages in die Entscheidungsorgane des Landkreises, um sein Potential bestmöglich nutzen und die Ideen und Initiativen des Jugendkreistags ohne bürokratische Hürden verfolgen zu können. Hierfür fordern wir eine dauerhafte Vertretung des Jugendkreistags im Freisinger Kreistag mit Rederecht.

### **4. Förderung der politischen Partizipation**

Die Teilnahme am politischen Diskurs soll durch frühe Demokratiebildung an Schulen gefördert werden. Beispielsweise durch die Ausweitung des Sozialkundeunterrichts und der verpflichtenden Einführung einer Schülermitverantwortung (SMV).

### **5. Mehr Integrationsmöglichkeiten für Jugendliche mit Behinderung**

Mehr Barrierefreiheit in Einrichtungen für Jugendliche ist grundsätzlich notwendig. Zusätzlich fordern wir eine stärkere Inklusion Jugendlicher mit Behinderung. Konkret wünschen wir uns, dass es mehr Partnerklassen an den Freisinger Schulen gibt.

### **6. Workshops zur Auseinandersetzung mit sensiblen Themen für Lehrkräfte und Schüler:innen**

Rassismus, Sexismus, Queerfeindlichkeit und andere Formen von Diskriminierung sind Themen, die nicht zu bloßem Schulstoff heruntergebrochen werden sollten, aber trotzdem angemessener Auseinandersetzung, Aufmerksamkeit und Aufklärung bedürfen. Daher sollen diese Themen in der Schule mit der Hilfe von externen Expert:innen behandelt werden.

### **7. Elternunabhängiges BAföG für alle**

Wir fordern, dass BAföG unabhängig vom Einkommen der Eltern vergeben wird, um die Chancengleichheit in der Bildung entkoppelt von der familiären Situation gleichberechtigt für alle zu gewährleisten.

### **8. Vergünstigte Wohnmöglichkeiten für Studierende, Auszubildende und Schüler aus dem Landkreis Freising in Münchener Wohnheimen**

Wir fordern, dass junge Menschen aus dem Landkreis Freising in (Aus-)Bildung auch zu humanen Preisen in Münchener Wohnheimen in der Nähe ihres Bildungsortes wohnen können. Bei der Vergabe sollen besonders Jugendliche berücksichtigt werden, deren Anreise mit den öffentlichen Verkehrsmitteln sehr lang dauert oder nur zu ungünstigen Zeiten möglich ist.

Eine andere Lösung wäre die Gründung eines Wohnheims für Studierende und Berufsschüler:innen aus dem Landkreis Freising in München nach dem Vorbild des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen.

### **9. Schulwegkostenfreiheit**

Für alle Schüler:innen bis einschließlich zur 13. Jahrgangsstufe soll der Schulweg kostenfrei sein. Der Freistaat Bayern soll dazu in Kooperation mit den Landkreisen ein Finanzierungskonzept ausarbeiten und allen Schüler:innen ein kostenfreies Ticket für die Fahrstrecke zur Verfügung stellen.

#### **10. Ausweitung des 365-Euro-Tickets**

Das Fahren mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist für junge Menschen, Student:innen, Senior:innen und Menschen die Hilfe vom Staat erhalten eine enorme finanzielle Belastung. Auch das 49-Euro-Ticket ist für viele aus diesen Gruppen, besonders durch die hohen Lebenshaltungskosten im Großraum München, nur schwer zu stemmen. Um diesen Personengruppen trotzdem die Möglichkeit zu bieten den ÖPNV im Raum München sorgenfrei nutzen zu können fordern wir die Ausweitung des Anspruches auf das bestehende 365-Euro-Ticket auf Student:innen, Senior:innen Sozialleistungsempfänger:innen und allen jungen Menschen unter 27 Jahren.

#### **11. Bessere Busanbindungen im Landkreis Freising**

Für Jugendliche im Landkreis sind Busse das zentrale Fortbewegungsmittel. Wir fordern deshalb eine höhere Taktung der Busse, vor allem in den ländlichen Gemeinden, neue Linien und Expressverbindungen, die eine gute Anbindung sicherstellen.

#### **12. Ausbau des Fahrradverkehrs**

Wir fordern Fahrradschnellstraßen an den vielfrequentierte Strecken und sichere Radwege an allen vielbefahrenen Autostraßen im Kreis Freising in den Städten und über Land, um die Attraktivität und den Nutzen des Radfahrens zu steigern. Damit einhergehend fordern wir die Bereitstellung von ausreichend sicheren Stellplätzen für Fahrräder und E-Bikes und die Einführung von Leihrädern mit ausreichend Stationen im Landkreis. Dies soll ermöglichen, dass mehr Menschen das Fahrrad und den ÖPNV nutzen können und nicht aufgrund ihrer Entfernung zum Bahnhof auf einen PKW angewiesen sind. Dies ist vor allem wichtig für Jugendliche, die im Kreis Freising leben, aber ihre Ausbildung oder (Berufs-)Schule an einem anderen Ort besuchen.

#### **13. Erhalt von Jugendkulturstätten und Ausgeh- und Freizeitmöglichkeiten**

Vor allem nach den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie ist es nun von besonderer Wichtigkeit Jugendlichen vielfältige Optionen für ihre Freizeitgestaltung zu bieten. Darunter fallen unter Anderem Jugendzentren, Badegewässer und Gaststätten.

#### **14. Schwimmkurse für alle**

Jedes Kind und jeder Jugendliche muss schwimmen können. Wir fordern deshalb, dass im Landkreis Freising dezentral ausreichend Schwimmkurse angeboten werden.

#### **15. Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen**

Schwangerschaftsabbrüche werden zwar nicht strafrechtlich verfolgt, gelten in Deutschland aber nach wie vor als Straftatbestand. Dies sorgt für unnötige Schwierigkeiten, unter anderem dadurch, dass es angesichts dessen nur wenige Ärzt:innen gibt, die diese Eingriffe durchführen. Aus diesem Grund müssen Schwangerschaftsabbrüche legalisiert werden.

#### **16. Rechtliche Gleichstellung jeglicher Partnerschaftsmodelle**

Die rechtliche und soziale Diskriminierung von nicht heteronormativen oder polyamoren Partnerschaftsmodellen, zum Beispiel im Adoptionsrecht, ist für die Betroffenen nach wie vor ein großes Problem in Deutschland. Gesetze und Verordnungen sollten für alle Menschen gleichberechtigt gelten.

## **17. Verbesserung von psychologischer und therapeutischer Versorgung und Aufklärung**

Vor allem durch die Coronapandemie ist deutlich geworden, dass die psychologische und psychotherapeutische Versorgungslage in Deutschland unzureichend ist und vor allem junge Menschen hiervon übermäßig betroffen sind. Die viel zu langen Wartezeiten können für die Betroffenen lebensbedrohlich werden. Wir fordern daher eine ausreichende flächendeckende Versorgung mit psychologischen Beratungs- und Therapieangeboten.